

Stadtteilmanagement und Willkommenskultur

Empfehlungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes LV Berlin zur Rot-Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung

Stadtteilzentren haben sich in Berlin als gesamtstädtische Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements etabliert und bewährt.

Stadtteilzentren engagieren sich in der Nachbarschaftsarbeit und schaffen mit ihrer generationenübergreifenden und integrativen Arbeit die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung aller Berlinerinnen und Berliner. Sie sind leicht erreichbar und stehen allen Altersgruppen und Nationalitäten offen. Die Angebote reichen von sozialer Beratung, Lehr- und Kursprogrammen über kreative Gestaltung, Selbsthilfegruppen bis zur aktiven Gestaltung der gemeinsamen Lebenswelt. Die dazugehörigen Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstellen vervollständigen das Angebot der Stadtteilzentren.

Stadtteilzentren sind als Einrichtungen der Nachbarschaftsarbeit und Selbsthilfe im besonderen Maße geeignet, die Koordination und Organisation im Bereich der Entwicklung und Verstetigung von Strukturen der Willkommenskultur und der lebendigen Nachbarschaft zu übernehmen. Für die zusätzliche Herausforderung, Flüchtlinge in Nachbarschaften zu integrieren und fremdenfeindlichen Aktionen entgegen zu wirken, stehen die Stadtteilzentren mit ihren sozialkulturellen und demokratiefördernden Ansätzen zur Verfügung.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin empfiehlt:

- Aufstockung der Förderung des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren (IFP-STZ) für die 30 Berliner Prognoseräume, die bisher nicht mit einem Landes-geförderten Stadtteilzentrum ausgestattet sind.
- Erhalt der Willkommenskulturprojekte und Aufstockung der bisherigen finanziellen Ausstattung auf 1 Mio. €, sowie Anmeldung der finanziellen Ausstattung für die bisher nicht ausgestatteten 30 Berliner Prognoseräume.
- Aufstockung der Mittel im IFP-STZ analog zum Bevölkerungswachstum in Berlin.
- Im Bereich der sozialen, ökologischen und integrierten Stadtentwicklung weist der Paritätische Wohlfahrtsverband darauf hin, dass eine sozialraumorientierte Verstetigungsstrategie entwickelt werden muss in die bestehende soziale Träger frühzeitig einbezogen werden.
- Darüber hinaus spricht sich der Paritätische Wohlfahrtsverband entschieden dagegen aus, die Integrationsmanagements in den Unterkünften anzusiedeln. Diese sollten stattdessen bei unabhängigen zivilgesellschaftlichen Strukturen angesiedelt werden.

Passagen zum Thema Stadtteilmanagement und Willkommenskultur aus der Koalitionsvereinbarung

Stadtentwicklung in Berlin – intelligent, nachhaltig und partizipativ, S. 36 Z. 1

„Die Koalition steht für eine Stadtentwicklung, die **gemeinsam** mit den Bürger*innen konzipiert wird. Sie setzt auf eine integrierte Strategie, die soziale, ökologische und ökonomische Aspekte in einen nachhaltigen Ausgleich bringt. Die Koalition wird **neue, lebenswerte und sozial durchmischte Stadtquartiere** schaffen. Öffentliche Räume und baukulturelles Erbe werden gesichert.“

Bürger*innenbeteiligung und Planungskultur stärken, S. 36 Z.8

„Stadtentwicklung ist dann erfolgreich, wenn sie gemeinsam gestaltet wird und auch diejenigen miteinbezieht, die unmittelbar betroffen sind. Mit der gemeinsamen Erarbeitung von Berliner Leitlinien für Beteiligung durch Bürger*innen, Politik und Verwaltung **stärkt die Koalition die Strukturen** und Prozesse der **Bürger*innenbeteiligung**. Dabei werden insbesondere die Verfahren ausgebaut, die niedrighschwelliger, flexibler und repräsentativer sind. Im Zentrum steht dabei eine Vorhabenplattform (mein.berlin.de), auf der in Zukunft alle planerischen Vorhaben auf Landes- und Bezirksebene frühzeitig mit einer Projektbeschreibung und alle öffentlichen Beteiligungsverfahren veröffentlicht werden. Die Koalition wird die **Online-Partizipation ausbauen und weiterentwickeln**. Dazu wird sie auf **Landes- und Bezirksebene** Anlaufstellen zur Bürgerbeteiligung schaffen. Die sozialräumlichen Planungskoordinator*innen der Bezirke werden zu Beteiligungsbeauftragten weiterentwickelt. Die Koalition wird das Stadtforum so weiter entwickeln, dass eine Debatte zwischen Politik, Verwaltung und Bürger*innen zu aktuellen Projekten der Stadtentwicklung etabliert wird. Zudem wird die Koalition das Architekturfestival Make City 2018 „Die andere Stadt“ unterstützen. Zur Umsetzung von Bürger*innenbeteiligung wird auch eine Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) geprüft. Öffentliche Unternehmen und Träger führen bei Bauvorhaben eine angemessene Bürger*innen Beteiligung durch.“

Integrierte Strategie für Berlin verfolgen, S. 38 Z. 48/62

„Die Koalition wird einen Stadtentwicklungsplan Soziale Infrastruktur aufstellen und die Bezirke dabei unterstützen, die **Sozialen Infrastrukturkonzepte (SIKO)** in integrierte Bereichsentwicklungsplanungen zu überführen.“

Soziale, ökologische und integrierte Stadtentwicklung, S.39 Z. 95/103

„Die Strategie zur Überwindung ungleicher Lebenslagen in den **Quartieren** und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des **zivilgesellschaftlichen Engagements** wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Der Schwerpunkt der Städtebauförderung soll in Berlin aufgrund des großen Bedarfs weiterhin auf der öffentlichen Infrastruktur und öffentlichen Gebäuden liegen. Dazu werden die **Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK)** überprüft und aktualisiert und die Städtebauförderung daran ausgerichtet. Alle **Senatsressorts und die Bezirksämter** unterstützen die gemeinsame Strategie **Soziale Stadt**, die konkrete Maßnahmen und Förderbudgets für QM-Gebiete umfasst. Quartiersräte sollen weiterhin gemeinsam mit Politik und Verwaltung über Projektideen und Fördermittel im Programm „Soziale Stadt“ mitentscheiden. Sonderprogramme des Bundes für Investitionen in die soziale Stadtentwicklung werden von Berlin kofinanziert, insbesondere das „Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus“.

Die Koalition wird das **sozialraumorientierte** Verwaltungshandeln stärken und für die fachliche Begleitung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen und sozialräumlichen Instrumente sowie für eine personelle und finanzielle Stärkung der Sozialraumorientierung in den Bezirken sorgen. Die

Koalition wird die **Sozialraumorientierung in den Bezirken und das Quartiersmanagement** noch besser miteinander verknüpfen und **neue Quartiersmanagementgebiete** festlegen. Bei der Entlassung von Quartiersmanagementgebieten wird geprüft, welche Projekte in die Regelfinanzierung übernommen werden. Zur **Stärkung der Nachbarschaften** werden an Unterbringungsstandorten für Geflüchtete zusätzlich 20 Integrationsmanagements eingerichtet. Die **Förderung ehrenamtlichen Engagements in Nachbarschaften (FEIN)** wird durch zusätzliche Landesmittel verstärkt. Es werden weitere sozialversicherungspflichtige Stellen für **Stadtteilmütter** geschaffen und deren Ausbildung wird in die Regelfinanzierung übernommen.“

Quartiersleitlinien und neue Stadtquartiere - urban, gemischt und partizipativ, S. 40 Z. 151

„Die Koalition wird neue Stadtquartiere lebendig, sozial gemischt, grün und partizipativ planen. Die Planung erfolgt mit den **betroffenen Bezirken** und breiter Öffentlichkeitsbeteiligung. Für neue Stadtquartiere muss eine leistungsfähige ÖPNV-Erschließung gewährleistet sein. Bei der Planung neuer Stadtquartiere erfolgt eine Überprüfung auf Stadtverträglichkeit. Die Entwicklung neuer Stadtquartiere wird durch Städtebauförderung begleitet, um die **Verflechtung in die benachbarten Gebiete** sicherzustellen, u.a. durch die **ergänzende Finanzierung von sozialer Infrastruktur** und die Verbesserung des öffentlichen Raums und um einen Mehrwert für die Bevölkerung zu gewährleisten.“

S. 41 Z. 179

„Die **Entwicklung neuer Stadtquartiere** wird organisatorisch, personell und finanziell abgesichert und im qualifizierten Dialog mit der Öffentlichkeit und den parlamentarischen Entscheidungsgremien evaluiert und weiterentwickelt. **Die Koalition wird folgende neue Stadtquartiere planerisch vorbereiten und mit der Umsetzung beginnen:** Blankenburger Süden, ca. ha, (geplantes Entwicklungsgebiet), Buch, ca. 54 ha, Buckower Felder, ca. 10 ha, (§ 9 AGBauGB), Wasserstadt Oberhavel, ca. 76 ha, Gartenfeld, ca. 34 ha und Europacity/Lehrter Straße, ca. 44 ha, (§ 9 AGBauGB). Die beiden Standorte Michelangelostraße, ca. 30 ha, und Schumacher Quartier, ca. 48 ha, (§ 9 AGBauGB) werden als ökologisch-soziale Modellquartiere für ökologischen Neubau, Nutzungsmischung und innovative Mobilitätskonzepte entwickelt. In den drei neuen Stadtquartieren Johannistal/Adlershof, ca. 20 ha, (Entwicklungsgebiet), Köpenick, ca. 50 ha, (z.T. geplantes Entwicklungsgebiet) Lichterfelde Süd, ca. 96 ha, werden darüber hinaus die bestehenden Grünflächen und der Naturschutz besonders integriert, indem vorhandene Biotope geschützt und Biotopverbindungen realisiert werden. Das Potenzialgebiet Elisabethhau wird zur Bebauung in dieser Legislaturperiode nicht weiter verfolgt.“

Besondere Orte Berlins attraktiv weiterentwickeln, S. 42 Z. 201

Tempelhofer Feld und Flughafengebäude: Die Bebauung des Tempelhofer Feldes wird ausgeschlossen. Der §9 des Gesetzes zum Erhalt des **Tempelhofer Feldes** bleibt befristet. Die **Nutzung für Geflüchtete wird schnellstmöglich beendet.** Das Flughafengebäude bleibt in öffentlicher Hand und wird für kulturelle, kreativwirtschaftliche und öffentliche Nutzungen hergerichtet. Gebäudeteile und das Vorfeld können als Eventstandort genutzt werden. Das Nutzungskonzept wird partizipativ entwickelt und soll bereits parallel zu den notwendigen Sanierungsmaßnahmen Nutzungen und einen Gedenkort ermöglichen.

S. 43 Z. 241

„ICC: Die Koalition wird die derzeitige Nutzung des Gebäudes als Notunterkunft für Geflüchtete schnellstmöglich beenden. Ziel ist dessen Wiedernutzbarmachung als Messe und Veranstaltungsort.“

S. 43 Z. 256

„Das **Integrierte Stadtentwicklungskonzept** schafft die Grundlage für die Vernetzung mit der Umgebung und die soziale Stabilisierung sowie städtebauliche Verbesserung der umgebenden Quartiere.“

S. 44 Z. 274

„**Dragoner Areal**: Die Koalition beabsichtigt, das Dragonerareal in Landeseigentum zu überführen und dort ein Projekt für preisgünstiges Wohnen und Arbeiten (Kleingewerbetreibende und Kreativwirtschaft) in **Kooperation zwischen Bezirk, städtischen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierten freien** Trägern mit umfassender Bürgerbeteiligung umzusetzen.“

Öffentlicher Raum mit hoher Aufenthaltsqualität, S. 44 Z. 286

„Berlin braucht **öffentliche Räume** mit hoher Akzeptanz für unterschiedlichste Nutzergruppen. Die Koalition wird Stadtplätze und Grünanlagen mit hoher Aufenthaltsqualität und **inklusive Gestaltung** schaffen. Die Koalition wird das Plätzeprogramm weiterentwickeln und einen Schwerpunkt auf die verkehrsberuhigte Gestaltung legen. Öffentliche Stadtplätze sollen als **Orte der Begegnung** von kommerziellen Nutzungen nicht dominiert werden.“

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, S. 89 Z. 99

„Die Koalition wird den sozialen Zusammenhalt stärken. Das Sozialticket wird abgesenkt. Die Richtwerte der „Ausführungsverordnung Wohnen“ (AV Wohnen) werden an die allgemeine Entwicklung des Wohnungsmarktes angepasst. Die Koalition wird die **Mobilitätshilfsdienste** und das Programm zur Finanzierung von **Integrationslots*innen und Stadtteilmütter** ausbauen.“

Ein bürgernahes und lebenswertes Berlin, S. 89 Z. 111

„Die **Bezirke** werden finanziell und personell gestärkt. Es werden vier Leitprojekte für das gelingende Zusammenwirken von Landes- und Bezirksebene (Bürgerämter, Schulbau, Radwege und Unterbringung) sowie schnellere und bessere öffentliche Leistungen vereinbart.“

Sozialausgaben besser steuern, S. 94 Z. 264

„**Die Zuwendungsempfänger** und freien Träger im entgeltfinanzierten Bereich stellen einen wesentlichen Baustein der sozialen, pädagogischen und gesundheitlichen Versorgung in Berlin dar. Das bisherige Finanzierungs-, Steuerungs- und Controllingsystem führt aber zu erheblichen Fehlanreizen, die die fachliche Qualität des Angebots schmälern, einen hohen bürokratischen Aufwand produzieren und keine ausreichende Transparenz schaffen. Im Bereich der Zuwendungen, der entgeltfinanzierten Leistungen und der sonstigen Leistungsverträge wird die Koalition neue Regelungen und Verfahren mit den Zielen der fachlich definierten Steuerung und Kontrolle, der finanziellen Transparenz und der einfacheren Anwendbarkeit entwickeln. Hierzu wird eine Koalitionsarbeitsgruppe eingesetzt, die bis Ende 2017 **gemeinsam mit Bezirken und Wohlfahrtsverbänden** Vorschläge erarbeiten soll.“

Starke Bezirke, S. 106 Z. 623

„Um den Erwartungen der Bürger*innen gerecht zu werden, stärkt die Koalition die **Bezirke** in ihren Handlungskompetenzen und verbessert gleichzeitig die gesamtstädtische Steuerung. Im Zentrum bezirklicher Verantwortung steht die Qualität der Aufgabenerfüllung für die Bürger*innen.“

Für ein gutes Verhältnis zwischen Land und Bezirken, S. 106 Z. 629

„Für die gesamtstädtische Steuerung etabliert der Senat gemeinsam mit den **Bezirken** ein ergänzendes Verfahren zur Entwicklung von politischen Zielvereinbarungen. Dies erfordert eine **neue Kultur der Kooperation und des Vertrauens** zwischen Land und Bezirken. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zwischen Senat und Bezirken werden Doppelzuständigkeiten zwischen Bezirken und Hauptverwaltung aufgehoben und die Schnittstellen klar formuliert. Neu erlassene Gesetze werden in Kooperation mit den Bezirken umgesetzt. Hier gilt es, durch landesweite Steuerung gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern und gleichzeitig der sozialräumlichen Vielfalt gerecht zu werden. Bei Vorlagen zur Beschlussfassung an das Parlament wird neben den bisherigen Kategorien auch die Kategorie „Auswirkungen auf die Bezirke“ aufgenommen. Die Rolle des **Rats der Bürgermeister (RdB)** wird gestärkt. Die Geschäftsstelle wird zukünftig für einen verstärkten inhaltlichen Austausch bezüglich der im RdB aufgeworfenen Fragen sorgen. Das bisherige Verfahren der zweiwöchentlichen Sitzungen wird fortgesetzt, so lange die gesamtstädtische Aufgabe der Integration relevant bleibt. Der RdB sollte die Möglichkeit haben, zu fachübergreifenden Fragestellungen (wie bei der Haushaltsplanung) im Senat angehört zu werden.

Alle **bezirklichen Fachstadträte** bestimmen gemeinsam aus ihrer Mitte eine/n Sprecher*in. Diese/r nimmt an den Sitzungen des RdB teil, in denen die jeweiligen Fachthemen behandelt werden. Die Vorsitzenden der RdB-Fachausschüsse können in den wesentlichen, die Bezirke tangierenden Themen, in den Fachausschüssen des Abgeordnetenhauses angehört werden. Die in der vorletzten Wahlperiode einmal jährlich stattgefundenen **Bezirkkongresse** werden wieder eingeführt. Die **vorhandene Servicestelle für die Bezirke bezüglich der Aufbereitung von Informationen über europäische Förderprogramme** wird gestärkt. **Der Senat baut das einheitliche Servicebüro für die Inanspruchnahme kommunaler EU-Programme aus.**“

Einheitliche Ämterstruktur umsetzen, S. 107 Z. 662

„Anknüpfend an die einheitliche Ämterstruktur bildet jeder **Bezirk folgende Einheiten**:

- Zentrale Vergabestelle (zur Verbesserung der Korruptionsprävention und gute Arbeit),
- Einheit für Geschäftsprozessmanagement/ Digitalisierung,
- Einheit für Sozialraumorientierung / Steuerung kommunaler Infrastrukturbedarfe.

Die **Sozialraumorientierung** will die Koalition **stärken**, um den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen dieser Stadt gerecht zu werden, ämterübergreifende Angebote zu etablieren und Ressourcen zielgerichtet einzusetzen.“

Soziale Infrastruktur ausbauen, S. 127 Z. 195

„Die Koalition bringt den Ausbau der **sozialen Infrastruktur** weiter voran und verstärkt hierzu die notwendigen Investitionen. Die Finanzierung unabhängiger Sozialberatung in den **Bezirken** als Erstanlaufstelle mit Beratung und Unterstützung für Menschen in Notlagen wird landesseitig gesichert. Die konkrete Ausgestaltung wird die Koalition **mit den Bezirken und den LIGA-Verbänden** nach einer vorherigen Bestandsaufnahme bestehender Angebote beraten.“

Sozialraumorientierung stärken, S. 127 Z. 207

„**Aktive Nachbarschaften**, lebendige Kieze und stabile Sozialstrukturen sind eine Voraussetzung für Demokratie und Teilhabe. Die Koalition steht deshalb für den **örtlich ausgewogenen Ausbau von Stadtteilzentren** sowie deren inklusive und kultursensible Weiterentwicklung. In einem ersten Schritt erfolgt eine Bestandsaufnahme der sozialräumlichen Angebote in Berlin. In Prognoseräumen mit niedrigem Sozialstatusindex wird mit **Stadtteilmanager*innen** die fach- und ressortübergreifende

Arbeit unter Bündelung der Ressourcen des Landes, der Bezirke, der Jobcenter sowie der sozialen Infrastruktur gestärkt. Die Koalition stärkt hierfür die zentrale Koordinierung der Sozialraumorientierung. Die Koalition wird das Landesrahmenprogramm **Integrationslots*innen** und **Stadtteilmütter** stärken.“

Willkommensinfrastrukturen optimieren, S. 157 Z. 267

„Die Neustrukturierung im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) – als Teil einer Berliner **Willkommensinfrastruktur** – wird fortgeführt. Es wird ausreichend Personal rekrutiert, um zu geordneten Verwaltungsverfahren zurückkehren zu können. Dabei kann für temporäre Aufgaben auf externe Unterstützung zurückgegriffen werden.

Die Koalition wird das LAF stärker auf Integration ausrichten und den Übergang in die **bezirklichen Regelstrukturen** und integrativen Maßnahmen anderer Bereiche organisieren, fördern und unterstützen. Die Koalition wird die damit verbundenen gesamtstädtischen und Ressortübergreifenden Abstimmungs- und Steuerungserfordernisse im Bereich Versorgung und Unterbringung stärker mit den **bezirklichen Belangen** und Strukturen verzahnen, um die bedarfsgerechte Information und Versorgung der Geflüchteten zu sichern. Dazu gehören auch **Information und Einbindung der Anwohner*innen** bei neu zu errichtenden Unterkünften sowie die Sicherstellung der notwendigen kommunalen Infrastrukturen wie Kindertagesstätten und Schulen einschließlich deren struktureller, organisatorischer und finanzieller Untersetzung. Die Bezirke müssen personell in die Lage versetzt werden, die unmittelbare integrationsfördernde Arbeit zu gewährleisten und die Verknüpfung zum **bürgerschaftlichen Engagement** im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit zu verbessern. Dabei verstetigt und baut die Koalition die Rahmenbedingungen als Grundlagen für Kooperationen der Verwaltung durch Supervision und Coaching-Angebote mit den Bezirken, Wohlfahrtsverbänden, Betreibern, NGO's und der Zivilgesellschaft aus. Die Verbesserungen werden in einer **Berliner Ehrenamtsstrategie** festgeschrieben. Die Integration Geflüchteter sieht die Koalition als zentrale ressortübergreifende Aufgabe an.“

Paritätischer Wohlfahrtsverband LV, Geschäftsstelle Bezirke